

**Hans-Georg Ehrhart, Kerstin Petretto, Patricia Schneider, Thorsten Blecker, Hella Engerer und Doris König (Hrsg.), Piraterie und maritimer Terrorismus als herausforderungen für die Seehandels-sicherheit Deutschlands. Politik, Recht, Wirtschaft, Technologie. Baden-Baden (Nomos-Verlag), 2013.**

Der vorliegende Band ist das Resultat des Projekts „Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit: Indikatoren, Perzeptionen und Handlungsoptionen (PiraT)“. Ausgangspunkt des Projekts ist die Erkenntnis, dass für Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft die Sicherheit der transkontinentalen Seewege eine zentrale Voraussetzung für stabile Lieferketten darstellt. Gefördert wurde das Projekt im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms für zivile Sicherheit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) über den Zeitraum von April 2010 bis Ende 2012. Der Forschungsverbund bestand aus dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg als dem Konsortialführer, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, der Technischen Universität Hamburg-Harburg, der Bucerius Law School und dem Institut für strategische Zukunftsanalysen der Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Stiftung. In diesem „PiraT“-Projekt widmeten sich erstmals in Deutschland Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Disziplinen gemeinsam der Problematik der Piraterie und des maritimen Terrorismus aus deutscher Sicht. Doch arbeitete der Forschungsverbund auch eng mit diversen assoziierten Projektpartnern aus der Praxis zusammen, u.a. mit dem Verband Deutscher Reeder, dem Bundeskriminalamt und dem Piraterie-Präventionszentrum der Bundespolizei. Darüber hinaus trugen auch zahlreiche Gesprächspartner aus der Politik, von Bundes- und Landesbehörden, der Europäischen Union, der maritimen Wirtschaft, den Versicherungen und den privaten Sicherheitsfirmen zum Praxisbezug des Projekts bei.

Der Band thematisiert mit der Piraterie und dem maritimen Terrorismus zwei Formen maritimer Gewalt, die in den letzten Jahren zunehmend nicht nur die deutsche Seehandelssicherheit bedroht ha-

ben, sondern weltweit als transnationale Risiken wahrgenommen wurden, denen nur durch die Zusammenarbeit einer Vielfalt von Akteuren begegnet werden kann. Kernziel der Studie ist es, diese beiden Formen maritimer Gewalt aus den Perspektiven der verschiedenen beteiligten Disziplinen zu untersuchen, um sodann die Wissenschaftsdisziplinen übergreifende, komplementäre Handlungsoptionen zur Verbesserung der (deutschen) Seehandelssicherheit vorzuschlagen. Darüber hinaus war es wichtig, durch den Verbund von diversen Akteuren aus der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft eine Diskussionsplattform zum Thema maritime Sicherheit zu schaffen und das allgemeine Verständnis für die Bedeutung der Seehandelssicherheit zu erhöhen. Ferner galt es auch, über einen speziellen PiraT-Newsletter (in Deutsch und Englisch) und die Projektwebsite die allgemein interessierte Öffentlichkeit zu erreichen.

Die Studie ist schlüssig aufgebaut. Dem einleitenden Kapitel folgen sieben weitere. Im zweiten Kapitel wird mit dem Konzept der „Security Governance“ (verstanden als „kollektive Sicherheits-gewährleistung durch staatliche und nichtstaatliche Akteure“) als Rahmenkonzept für den Umgang mit transnationalen Risiken sowie mit dem Konzept der „maritimen Gewalt“ die konzeptionelle Grundlage für die nachfolgende multidisziplinäre Studie gelegt. Im dritten Kapitel werden Indikatoren zur Erfassung der Risikolage im maritimen Raum bestimmt sowie ein Risikomodell erarbeitet und anschließend aus Sicht der Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Technik sowie der Zukunftsanalysen erörtert. Das vierte Kapitel widmet sich sodann der Bedrohungslage für Deutschland. Das fünfte Kapitel erörtert bestehende Regelungen und Unsicherheiten der internationalen und nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen der Bekämpfung von Piraterie und maritimem Terrorismus. Im sechsten Kapitel werden bezogen auf Deutschland der Umgang mit Piraterie und maritimem Terrorismus von Seiten staatlicher und privater wirtschaftlicher Akteure abgehandelt. Das siebte Kapitel erörtert sodann mit der Methodik der Zukunftsanalyse die potenziellen Entwicklungsmöglichkeiten maritimer Gewalt bis zum Jahr 2030. Im abschließenden achten Kapitel werden ausgehend von einer Defizitanalyse Handlungsoptionen

zur Verbesserung maritimer Sicherheit vorgeschlagen.

Erfreulich und hilfreich sind immer wieder die kompakten „Zusammenfassungen“ bzw. „Fazits“ der einzelnen Kapitel und/oder auch Zwischenabschnitte, die es dem Leser ermöglichen, trotz der Komplexität der Thematik die wesentlichen Aussagen, Ergebnisse und Fakten der Beiträge im Blick zu behalten. Die theoretisch-konzeptionellen Überlegungen entsprechen dem gegenwärtigen Stand der internationalen Sicherheitsforschung, werden darüber hinaus sogar noch für die besonderen Zwecke der vorliegenden multidisziplinär angelegten Studie adaptiert.

Da es angesichts der Komplexität der Thematik und der Vielzahl der beteiligten Wissenschaften und Autorinnen und Autoren auf wenigen Seiten kaum möglich ist, in angemessener und differenzierter Weise auf die vielfältigen Ergebnisse und Handlungsoptionen einzugehen, will sich der Rezensent nur auf wenige Kernaussagen des Werkes beschränken:

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt mehr auf der Piraterie als auf dem maritimen Terrorismus. Die Piraterie steht eindeutig im Vordergrund, da sie im Vergleich zu terroristischen Anschlägen im maritimen Raum häufiger auftritt. Zudem bleibt strittig, wie bedeutend die Bedrohung durch den maritimen Terrorismus tatsächlich ist. Bislang wurde das Risiko terroristischer Anschläge im maritimen Raum als eher gering eingeschätzt.

Es gibt ein klares Bekenntnis zu einer „nachhaltigen Ursachenbekämpfung“ der Piraterie und des Terrorismus. Ein breiter Konsens in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft gehe davon aus, „dass die ‚Lösung‘ des Piraterieproblems nicht auf hoher See, bei militärischen und/oder polizeilichen Operationen liegen wird, sondern nur durch eine effektive Bearbeitung der Ursachen an Land erreicht werden kann. Das gilt auch für den Terrorismus“ (S. 315). Doch während viele Maßnahmen auf eine Abschreckung und Abhaltung von Angriffen abzielen, werde gerade im Bereich der politischen und sozioökonomischen Prävention an Land weitaus weniger getan.

Beklagt wird ein geringes öffentliches Interesse an der Thematik in Deutschland. Ungeachtet der großen Bedeutung der

Seewege für die deutschen Ex- und Importe komme der maritimen Sicherheit in der Öffentlichkeit nur eine geringe Aufmerksamkeit zu. Auch der Politik gelte sie bislang nicht als eine prioritäre Herausforderung, da eine Gefährdung unter deutscher Flagge fahrender Schiffe und deutscher Seeleute sowie ein volkswirtschaftlicher Schaden durch die Piraterie für Deutschland noch nicht signifikant gegeben sei. Daher wird „eine Diskussion über die Zukunft der deutschen maritimen Wirtschaft und ihrer sicherheitspolitischen Bedeutung“ angemahnt (S. 320).

Beklagt wird im Hinblick auf Deutschland auch das Fehlen einer maritimen Strategie. Angesichts einer bürokratischen Zersplitterung fehlten klare Strukturen, (Führungs-)Aufgaben und Kompetenzen sowie vor allem Ansprechpartner für die internationalen Akteure. So mangle es bis heute an einer nach außen hin sichtbaren Strategie Deutschlands für maritime Sicherheit.

Den mit der Piraterie verbundenen Trend zur Privatisierung von Sicherheit in Gestalt privater Sicherheitsdienste halten die Autorinnen und Autoren für bedenklich. Große Probleme stellten dabei neben den rechtlichen Fragen die teils fehlenden, teils unterschiedlich ausgeprägten Regelwerke zu Qualitätsanforderungen an solche Dienste dar. Angemahnt wird eine internationale Debatte über eine „maritime (security) governance“, die private Kräfte zwar einschließen, sich aber nicht auf diese konzentrieren sollte (S. 317).

Auch angesichts des deutlichen Rückgangs der Piratenangriffe vor Somalia seit Anfang 2012 halten die Autorinnen und Autoren das Risiko der Piraterie keineswegs für gebannt. Zwar hätten verschiedene aktive und passive Maßnahmen sowohl am Horn von Afrika als auch in anderen Gewässern zur Eindämmung der Piraterie beigetragen. Doch sollten solche Maßnahmen aufgrund politischer oder finanzieller Erwägungen in ihrem Umfang reduziert oder ganz beendet werden, ohne dass vorher erfolgreich nachhaltige Ursachenbekämpfung stattgefunden habe, sei auf der Grundlage bisheriger Erfahrungen zu erwarten, dass die Zahl der Piratenangriffe wieder zunehmen könnte.

Insgesamt ist erfreulich, dass das Werk trotz seiner anspruchsvollen theoretisch-konzeptionellen Grundlage nicht zu

„akademisch“ geworden ist, was wohl vor allem auch der vielseitigen Zusammenarbeit mit Akteuren der Praxis geschuldet ist. Entsprechend sind auch die abschließenden Empfehlungen durchweg von hoher Praxis-Relevanz. Die Herausgeber und Herausgeberinnen bzw. Projektverantwortlichen haben zweifellos eine erstaunliche Leistung vollbracht, indem sie die zahlreichen Beiträge aus Wissenschaft und Praxis in ein kohärentes Ganzes umgesetzt haben. Damit liegt hier ein wichtiger Beitrag zur weltweiten Problematik der Piraterie und des maritimen Terrorismus vor, der in seiner Bedeutung weit über die besonderen Belange der Seehandelssicherheit Deutschlands hinausreicht. Durch die trotz aller Komplexität gegebene übersichtliche multidisziplinäre Abhandlung der Problematik und deren auch optische Aufbereitung durch zahlreiche Abbildungen und Tabellen sowie durch das umfassende Literaturverzeichnis kommt dem Werk durchaus der Charakter eines Handbuches zur maritimen Gewalt und insbesondere zur Piraterie zu. Mit den Autoren und Autorinnen und Herausgebern und Herausgeberinnen bleibt zu hoffen, dass ihre Forschungsergebnisse und vor allem die vorgeschlagenen Handlungsoptionen dazu beitragen werden, dem Leser als „Denkanstöße“ zu dienen und bei den Adressaten „auf offene Ohren“ zu stoßen (S. 304).

Prof. i. R. Dr. Volker Matthies

**Tanja Kasten, Entwicklungszusammenarbeit und Peacebuilding – Mehr Wirkung durch Harmonisierung? Geberabstimmung und Friedenskonsolidierung in Ruanda und Sierra Leone, Baden-Baden (Nomos-Verlag), 2013.**

Inwieweit trägt die Harmonisierung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der Pariser Reformagenda dazu bei, die friedenspolitische Wirksamkeit der EZ zu verbessern? Mit dieser Fragestellung macht Tanja Kasten einen Zusammenhang zum Gegenstand der Forschung, der in der EZ-Praxis seit der Pariser Erklärung über die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit von 2005 im Grundsatz nicht selten als Prämisse gilt: „Mehr Geberharmonisierung gleich mehr Wirkung“. Es gibt eine kritische Debatte zu dieser Prämisse, auf

die die Autorin ausführlich Bezug nimmt. Im Mittelpunkt steht dabei zum einen das Stichwort des „kleinsten gemeinsamen Nenners“, zum anderen geht es um die Gefahr der Bildung eines „Geberkartells“, das auf Kosten der nationalen Ownership gegenüber der jeweiligen Regierung eine außerordentlich große Verhandlungsmacht entwickeln kann. Geberharmonisierung muss, so die Autorin, deshalb nicht notwendigerweise kontraproduktiv sein, aber es geht um ihre Qualität.

Der Blick der Autorin richtet sich auf die friedenspolitischen Wirkungen der EZ. Anhand von zwei Fallbeispielen, Ruanda und Sierra Leone, fragt sie danach, ob und wie die Geberabstimmung dazu beiträgt, nötige Voraussetzungen für Peacebuilding zu schaffen. Eine wichtige Prämisse liegt dabei im Verweis auf die *Voraussetzungen* für erfolgreiches Peacebuilding, zu denen die EZ beitragen kann und sollte. Die Forderung nach Überprüfbarkeit der durch EZ-Beiträge erzielten Wirkungen durch entsprechende Indikatoren ist in der EZ omnipräsent. Angesichts der Komplexität von Peacebuilding-Prozessen ist es hier allerdings wesentlich schwieriger als in anderen Bereichen, Wirkungen direkt auf die Beiträge der EZ zurückzuführen. Konsequenterweise verzichtet die Autorin darauf, Ergebnisse von Peacebuilding in Ruanda und Sierra Leone zu bewerten und auf dieser Grundlage nach der Rolle von Geberharmonisierung zu fragen. Der Fokus liegt sinnvollerweise auf Potenzialen und Voraussetzungen, explizit auch mit Blick auf Governance-Schwerpunkte der EZ, die sich in ihrer Wirkungsorientierung nicht auf Peacebuilding beschränken lassen, aber dabei von zentraler Bedeutung sind.

Die beiden untersuchten Fälle werden nicht im Sinne eines Vergleichs behandelt, sondern erlauben den Blick auf unterschiedliche Dynamiken der Geberharmonisierung in zwei Post-Konflikt-Staaten. In Ruanda sind Kooperationsstrukturen sehr ausgeprägt, während in Sierra Leone die Zusammenarbeit zwischen den Gebern wenig institutionalisiert ist. Als Peacebuilding-Aktivitäten behandelt die Autorin diejenigen EZ-Maßnahmen, die sich den friedenspolitischen Elementen in den jeweiligen nationalen Entwicklungsstrategien zuordnen lassen.

Die Autorin unterscheidet zwischen „strukturell-operativer Harmonisierung“,

die sich auf gemeinsame Gremien und Abstimmungsverfahren der Geber bezieht, und „konzeptionell-strategischer Harmonisierung“ mit Blick auf programmatische Zusammenarbeit und Arbeitsteilung der beteiligten EZ-Akteure. Ihre Arbeitshypothesen fasst sie zusammen in vier Grundbedingungen für eine friedenspolitische Ausgestaltung der Harmonisierung: „*Erstens* kann Koordination demnach kein Selbstzweck sein, sondern muss den PB-Aufgaben entsprechen; *zweitens* muss die Harmonisierung strukturell und inhaltlich funktional sein, d.h. problem- und bedarfsorientiert gestaltet werden; *drittens* muss eine harmonisierte EZ mit der Förderung von (demokratischem) Ownership und Good Governance verbunden sein; und *viertens* darf der organisatorische Aufwand für die Akteursabstimmung nicht zu Lasten der Inhalte ausfallen“ (137).

Ob Geberharmonisierung den Peacebuilding-Beitrag der EZ fördern kann, hängt von einer ganzen Reihe von Bedingungen im Sinne der genannten Hypothesen ab, dies aber im Ergebnis der Forschung mit einer veränderten Gewichtung, wie die Autorin überzeugend argumentiert. Die strukturell-operative Dimension der Harmonisierung hat gerade aus Sicht der beteiligten Akteure eine vergleichsweise große Bedeutung. Damit verbundene Transaktionskosten sind zwar gegeben, fallen aber gegenüber den Vorteilen nicht so sehr ins Gewicht wie zuvor vermutet. Konzeptionell-strategische Harmonisierung dagegen muss nicht unbedingt sehr weit gehen. In anderen Worten: Nicht alle Geber müssen mit gleichen Konzepten arbeiten. Im Gegenteil: In der Vielfalt von Ansätzen liegen Potenziale, immer unter der Voraussetzung, dass eine gemeinsame strategische Orientierung mit starkem nationalen Ownership gegeben ist. Entscheidend sind intensive Kommunikation und Kenntnis voneinander, um die bekannten Probleme fehlender Geberkoordination in den Griff zu bekommen. Von großer Bedeutung ist – diese Hypothese hat sich bestätigt – eine kohärente und systematische Verzahnung von Beiträgen zu Peacebuilding und Good Governance. Mögliche Wege zu einer nachhaltigen Friedensordnung sind nicht unabhängig zu denken von der Stärkung staatlicher Kapazitäten.

Die Autorin beschränkt die Analyse auf die Betrachtung der staatlichen EZ. Dies ist plausibel, da sich die Geberharmonisierung im Sinne der Pariser Erklärung auf die Akteure staatlicher Entwicklungszusammenarbeit bezieht. Zivilgesellschaftliche Akteure sind demgegenüber autonom in der Auswahl ihrer Partner und ihrer jeweiligen Arbeitsmodelle. Über ihre jeweiligen Partner sind sie in Bereichen tätig, zu denen die staatliche EZ möglicherweise keinen oder kaum Zugang hat. Die Arenen, in denen staatliche und zivilgesellschaftlich getragene EZ agieren, lassen sich bis zu einem gewissen Punkt abgrenzen, weisen aber Überschneidungen auf.

Es wäre von Interesse, systematischer und ausführlicher als es in der vorliegenden Arbeit möglich war, das Verhältnis einer – in welcher Form auch immer – harmonisierten staatlichen EZ zur Vielzahl zivilgesellschaftlicher Beiträge zu beleuchten. In der EZ-Praxis gibt es viele Berührungspunkte. Austausch und Abstimmung sind ein Thema auf der Ebene konkreter Absprachen, wenn beispielsweise in einer Region sowohl Akteure der staatlichen EZ als auch zivilgesellschaftliche Akteure mit Projekten und Kooperationen präsent sind. Nicht zuletzt ist aus Sicht nationaler Partner mit ihren Projekten und Programmen von Bedeutung, wie sich das Gesamtspektrum von externen Beiträgen und Unterstützung in ihrer Region darstellt, sei es von Akteuren der staatlichen EZ oder von Kirchen, Stiftungen oder NGOs. Eine Leitfrage ließe sich dahingehend formulieren, ob eine weitere Voraussetzung für den friedenspolitischen Mehrwert einer harmonisierten staatlichen EZ ist, systematisch und auf Augenhöhe den Austausch mit den friedenspolitisch relevanten zivilgesellschaftlichen Akteuren, sowohl mit Gebern als auch mit nationalen Partnern, zu pflegen. Eine konzeptionelle Harmonisierung kann und wird es dabei nicht geben, aber Strukturen, die regelmäßige gegenseitige Information ermöglichen, können auch auf dieser Ebene wichtig sein, um im Ergebnis das Peacebuilding zu stärken.

Die Autorin weist ausdrücklich auf die Bedeutung solcher Konsultationsmechanismen hin: „(...) ein stärker abgestimmtes Akteurshandeln [kann] die friedenspolitische Bilanz der EZ somit begünstigen,

wenn ein strukturelles Grundgerüst für die Koordination der EZ-Aktivitäten vorhanden ist, das auch für PB-relevante Bereiche entsprechende Konsultationsmechanismen bereitstellt und die nationalen Akteure ebenfalls mit einschließt“ (315). Die hier vorgeschlagene stärkere Berücksichtigung der staatlich-zivilgesellschaftlichen Dimension von gegenseitiger Information und Konsultation verweist somit auf eine mögliche Agenda weiterer, vertiefender Forschung.

Als Dissertation stellt die vorliegende Arbeit von Tanja Kasten in erster Linie einen Beitrag zum akademischen Diskurs dar, ist aber gleichzeitig auch für diejenigen in der entwicklungspolitischen Praxis – besonders mit friedenspolitischer Ausrichtung – lesenswert, die sich differenziert mit allgegenwärtigen Kategorien wie Wirkungsorientierung, Geberabstimmung und Ownership auseinandersetzen.

Ulrich Goedeking

**Christoph Züricher, Carrie Manning, Kristie D. Evenson, Rachel Hayman, Sarah Riese and Norah Roehner: *Costly Democracy – Peacebuilding and Democratization After War*, Stanford (Stanford University Press), 2013.**

The post-Cold War era has seen an increase in the involvement of external actors in the restoration of countries having experienced violent conflict. However, out of the 19 countries in which major peacebuilding missions were launched since 1989, only two (Croatian and Namibia) can be said to qualify as liberal democracies. In the other cases, the countries have established formal electoral procedures but not democracy in a more substantive sense, or, as in the case of, for instance Bosnia and Kosovo, the countries are still effectively under the control of external actors. The purpose of this book is therefore to shed light upon the question of why the end result of peacebuilding missions rarely is democracy.

Whereas much literature has considered either *structural* aspects of obstacles to peacebuilding, or the agency of *external* actors, Züricher and his colleagues take a closer look at the preferences and motives of *local elites*. Their argument is that an analysis of the dynamics between peacebuilders and local elites is crucial in order



to understand the success or failure of peacebuilding to contribute to democracy (see p. 5).

In order to “reassess much of the conventional wisdom on peacebuilding” (p. 15), their research is aimed at finding variables that hold consistently across cases. This is done through investigating four aspects often identified within the peacebuilding scholarship as having a strong impact on the outcome of peacebuilding operations; the *type of war*, its duration, intensity and how it ended; the so-called “*mission footprint*”, i.e. the extent of involvement by external actors; the *aid* given to support democratic development; and finally the *neighbourhood* surrounding the state.

In each case, variables that indicate the presence of these factors are identified. For instance, in order to measure the “mission footprint”, the variables include whether external actors enforced peace, shaped the new constitution, and engaged in Security Sector Reform, the external control of policing functions, legislative functions etc. and are given a binary number that indicates their presence or absence in each case. Acknowledging the arbitrariness of ‘democracy’ as a quantitative measurement provided by indexes such as Freedom House and Polity IV, the goal is to test these variables against the outcome (democracy or lack thereof) in a qualitative comparative study. This is done in order to establish whether a single variable is significant for the outcome in the nine cases chosen for comparison: Afghanistan, Bosnia, Kosovo, Rwanda, Tajikistan, East Timor, Macedonia, Namibia and Mozambique. The last four countries are today considered democracies, while the former five are undemocratic. The empirically rich cases allow for interesting comparisons, for instance between the three Balkan countries; all of which have been the subject of peacebuilding missions, but today have vastly different political systems (see p. 18).

Perhaps not surprisingly, no one variable can be said to have an impact on the democratic or non-democratic outcome of the peacebuilding missions in a direct or systematic way. Instead, the authors argue that common for each case, is that the dynamics between the local elites and the peacebuilders is the determining factor. Their theory of the “peacebuilding

game” is thoroughly presented in chapter 2. The argument is that peacebuilding is always, to some extent, a bargaining process between these two groups. “The preferences of peacebuilders and local elites” writes Züricher and his co-authors, “are hardly ever aligned” (p. X). While the assumption is that the goal of peacebuilders is to introduce liberal democracy, the goals of local elites are to preserve their security and to ensure their primary political aims, which may not always be compatible with democracy. For instance, in Bosnia after 1995, the objective of political leaders to keep the country divided along ethnic lines hindered the introduction of democracy, while the Namibian government saw democracy as the fastest route to independence after the civil war. A number of factors, those discussed in the work among others, can work to increase or decrease the “adoption costs” of democracy. These factors may either contribute to peacebuilders’ leverage, or decrease the propensity of local elites to cooperate.

In a field where the shortfalls of peacebuilding are often reduced to “a problem of capacity and coordination rather than cooperation” (p. 5), taking the perspective of local elites is an important contribution. Nonetheless, this perspective excludes other important local stakeholders, namely the civil society. While often lacking a voice in post-war societies, the willingness to participate in the democratic process of ordinary citizens is a crucial aspect of democratisation. While briefly mentioning the individual agency of different actors (for instance the difficulties to cooperate between Russia and Western actors in the case of Tajikistan), “peacebuilders” are, over all, treated as a unitary actor. Doing so, the different motives and interests of different actors (different international organisations, countries and private consultancies sending staff to post-conflict areas) are not addressed, which may differ greatly.

While intimately connected, the goals to ensure peace, viewed as the absence of violence, and to introduce a state order which measures up against a Western notion of a “liberal democracy” are vastly different. Missions operating towards these opposing goals will inevitably have different consequences. However, in this account this distinction often becomes

blurred. Furthermore, the book largely fails to acknowledge the normative questions associated with imposing a Western liberal order in sovereign states. Peacebuilders are criticised for allowing their leverage to decrease as they “only rarely try to force cooperation” (p. 143). However, doing so may be problematic. This is also linked to the distinction between peace and democracy, as the legitimacy of an external intervention aimed at hindering the outbreak of violence in a society may be different from that of imposing democratic standards.

Züricher and his co-writers carry out an ambitious project by targeting a broad range of aspects related to the complex topic of peacebuilding. The comprehensiveness of the book and its ability to look at problems from different viewpoints and acknowledge its own shortfalls is one of its strengths. However, this inevitably leads to generalisations in wide academic areas such as the research on the democracy promotion of the European Union, the politics of foreign aid, and the scholarship on civil war. For instance, chapter 5, which investigates the relationship between bilateral aid and the democratic outcome of peacebuilding, concludes that there is no direct link between the two (see p. 101). Others studying the impact of foreign aid (see for instance Stephen Knack) paint a more nuanced picture and suggest that aid, under certain conditions, or through a focus on specific sectors, in fact can contribute to democratisation, while, in other cases, foreign aid in fact has had the opposite effect. Many scholars avoid basing their prescriptions regarding peacebuilding on causal relationships established through large or even small *n*-studies, and argue that the cases of peacebuilding are too different; that “one size does not fit all”. The usefulness of “Costly Democracy” is to some extent a matter of preference in methodology, and how far one is willing to draw broad and general conclusions.

While questioning the ability of external actors to impose democracy from the outside, the authors thus argue that peacebuilders in important ways hold the ability to influence local actors to favour democratisation (see p. 147). There is certainly some truth to this claim. However, while perhaps constituting one aspect of this complex question, the “peace-

building game” does not provide the full answer to the question on the conditions under which countries democratise.

“Costly democracy” provides a comprehensive overview of problems associated with peacebuilding and offers a literature review, including a range of acknowledged scholars within the discipline. The work offers a lot of substantive knowledge about the nine cases chosen for qualitative study. Through a range of comparisons, the reader also gets to view the cases in a comparative perspective. It allows for a broad readership as its richness in quantitative as well as qualitative data may be useful for researchers, and its clear structure and straight-forward style of writing makes it digestible also for undergraduates or readers that are less familiar with the topic. However, having some knowledge of the problems associated with peacebuilding may prove beneficial, in order to be able to judge some of the assessments provided by the authors against the wider context of the peacebuilding literature.

Jenny Nordman

**Benjamin de Carvalho & Ole Jacob Sending (eds.), *The Protection of Civilians in UN Peacekeeping. Concept, Implementation and Practice*, Baden-Baden (Nomos Verlag), 2013.**

While UN-led peace operations until the end of the Cold War focused on international clashes, shift in their mandate is visible since the late 1990s. At present, peacekeeping missions are used primarily in the context of *intra*-national conflicts, like the civil wars in the Democratic Republic of the Congo (DRC) or Sudan. Due to the high number of civilians affected by armed conflicts within states, the United Nations Security Council (UNSC) has mandated a large number of UN-led peacekeeping operations with the Protection of Civilians (PoC). The edited volume “The Protection of Civilians in UN Peacekeeping” contains extensive literature on this subject. Chapters two to four offer an overview of the evolution of PoC. Chapter five compares protection mandates in different UN peacekeeping missions in Africa, and chapters six to ten contain in-depth studies of PoC mission implementation and the practical challenges of the mandate. Here, one chapter

from each of these three areas is discussed in order to give an overview of what to expect from the book.

In chapter two, “Evolving Discourses of Protection”, Arthur Mühlen-Schulte wants to “examine and disentangle the differences in how the discourse of PoC has evolved” (p. 25). He argues that the concept of protection is a part of war and stems from the two-dimensional idea to limit its effects either by preventing or mitigating it. In this context, he further explicates the theory of “just war” and its historical origins and development. According to him, the paradox of this theory in law and practice is that it legitimates violence by mitigating it (e.g. in peacekeeping missions that use force in order to ensure that civilians are kept safe). That leads to a blurring of violence prevention and mitigation. In a next step, Mühlen-Schulte identifies five key events leading to the formalization of protection and the formation of the three facets of today’s refugee law (international humanitarian law (IHL), human rights law (HRL) and the Refugee Protocols). He describes a shift in the context of protection, which used to be the responsibility of the nation-state. Nowadays, it is considered to be mainly a task of international organizations. As a result, he examines a rise in UN capacity and non-governmental organizations (NGOs), as well as an evolving discourse of humanitarianism. The increasing importance of PoC is described by the author as the result of an assumed rise in civilian casualties. Its main problem in his view can be traced back to a lack of a common understanding of the meaning of protection and how to implement it in practice. All in all, Mühlen-Schulte gives a good overview of the developments and institutional dispersion of the concept of protection. While outlining the implementation of protection by the UN, he takes a critical view and questions the effectiveness of the used methods.

Chapter five gives a short overview of five different peacekeeping operations in the DRC, Liberia, Côte d’Ivoire and Sudan, and their PoC concerns. Justin MacDermott and Måns Hanssen identify an effective coordination between the different protection actors as a key element in the provision of protection. According to them, however, involved actors do not

share a clear concept of protection or a common understanding of the term. Therefore, efforts to identify responsibilities and roles to enhance coordination are easily hindered. The article provides a good preparation for the next chapters that analyze specific UN peacekeeping missions in more detail.

In chapter seven, Linnéa Gelot analyzes the case of the “African Union (AU) - UN Hybrid Operation to Darfur” (UNAMID) and its precursor, the “African Mission in Sudan” (AMIS) as an example for PoC implementation in Africa. She discusses the challenges of the concept in this specific context and gives an overview of the AU and its key organs. Thereby, she refers to the relationship between the AU and the UN. One main element here is the African ownership approach that seeks to find “African solutions to African problems” (p. 129) in order to fight the marginalization of the continent. The author explains why, in her view, Western states have the main control of the peace operations in Africa, and she describes the political and financial challenges of the AU’s PoC commitment. According to her, the AU-UN partnership is a platform used by actors to enforce their subjective interests, as well as an arena where states act for normative reasons. In terms of the legitimacy of peace operations, she identifies a mutual dependency of the two supranational organizations and also refers to the term “world society”. After a description of UNAMID and AMIS, she concludes that these missions are disappointing in regard to PoC. In her opinion, better models for AU-UN PoC implementation are needed for the future. Gelot’s article makes interesting points, is multifaceted and enjoyable to read.

In summary, the publication is definitely worth reading. It includes many different aspects of the PoC concept. Especially the case studies in chapters six to ten contain a lot of interesting information and offer insights into the challenges of the implementation of PoC in the post-Cold War world order. Chapters two to four are a bit repetitive, as they sometimes refer to the same aspects and dimensions of PoC. Whether or not three articles are needed for an overview of the topic is questionable.

The book is recommendable in particular to people with some knowledge of inter-

national institutions and developments. It contains many technical terms that could make it hard to follow without any previous knowledge. Especially students in the field of international relations and employees in humanitarian organizations or related scientific institutes can profit from the diverse descriptions and multifaceted empirical contents of the book.

Lisa Walter

**Dough Saunders, *Arrival City – Über alle Grenzen hinweg ziehen Millionen Menschen vom Land in die Städte. Von ihnen hängt unsere Zukunft ab.* München (Karl Blessing Verlag), 2011.**

Die verstärkte Wanderungsbewegung vom Land in die Stadt seit Mitte des 20. Jahrhunderts sieht der kanadisch-britische Journalist und Autor Dough Saunders als Entwicklungschance für eine weltweit stabile und nachhaltige Gesellschaft. Im Unterschied zu vielen Auseinandersetzungen mit der Gesamtentwicklung konzentriert sich der Autor bei seiner Analyse auf ein bestimmtes räumliches Phänomen. Denn laut Saunders manifestiert sich die Bevölkerungsbewegung in der Entstehung eines ganz besonderen städtischen Ortes, der sogenannten *Arrival City*. Diese Ankunftsstädte beschreibt er als Übergangsorte für die Zuzügler, die Potenzial für einen Kultur- und Wirtschaftsboom oder aber die nächste große Explosion von Gewalt aufweisen.

Über zwanzig solcher Ankunftsstädte porträtiert Saunders in seinem Werk und zeichnet so ein umfangreiches Bild verschiedener Marginalsiedlungen. Dabei entsteht eine globale Bestandsaufnahme, die Merkmale von Slums in den Vororten afrikanischer Megastädte, verstädterter Dörfer in China, Großwohnsiedlungen an den Rändern europäischer Großstädte sowie Favelas südamerikanischer Metropolregionen und Vorstädte von Mumbai, Caracas und Istanbul dokumentiert. Konzeptionell ist das Buch nach thematischen Schwerpunkten untergliedert, die anhand der Fallbeispiele analysiert und veranschaulicht werden. Dazu zählen die Verstädterung ganzer Dörfer und Regionen, unkontrolliertes Wachstum an der Peripherie, Transformation informeller Siedlungen zu offiziellen Stadtteilen, Entwicklungschancen und -blockaden informeller Siedlungen, Integrationserfolge

und politisch verursachte Fehlentwicklungen sowie kulturelle Unterschiede und ihr Konfliktpotenzial. Die Ausführungen basieren hierbei nicht nur auf Entwicklungsexpertisen und sozialpolitischen Analysen, sondern auch auf zahlreichen Interviews und nicht zuletzt der Vorstellung individueller Lebensgeschichten.

Als roter Faden zieht sich durch alle Fallbeispiele die These, dass die beschriebene Wanderungsentwicklung sowohl für die Migranten als auch für die Städte selbst als tendenziell positiv zu werten ist. Die äußerliche Erscheinung vieler informeller Siedlungen lässt dies zunächst nicht vermuten, jedoch zeichnen sich erfolgreiche Ankunftsstädte durch eine besonders hohe Fluktuation und Dynamik aus, weshalb kontinuierlich neue, besitzlose Migranten aufgenommen werden, die das Bild des Elendsviertels weiter prägen. Die Grundaussage unterscheidet sich damit deutlich von viel gezeichneten Negativszenarien, wie beispielsweise der Streitschrift *Planet of Slums* des Historikers und Stadtforschers Mike Davis.

Gelingt es soziale Mobilität zu ermöglichen, können die Ankunftsstädte mehr als Schauplätze potenzieller Konflikte sein, indem sie als urbane Integrations-schleusen fungieren, aus denen sich eine neue Mittelschicht herausbildet. Stagnation, Verarmung, Kriminalität und revolutionäre Aufstände sind das Resultat von Ignoranz und schlecht verwalteter Urbanisierung. Hauptkriterien für die gesellschaftliche Eingliederung sind die Möglichkeit wirtschaftlich initiativ zu werden, Wohneigentum zu bilden, die freie Entwicklung sozialer Netzwerke sowie die Gewährleistung wesentlicher Infrastruktur. Saunders konstatiert, dass diese städtischen Übergangsräume eine Lösung bieten und nachhaltige Investitionen dort am ehesten dauerhafte und nicht korrumpierbare Wirkungen zeigen.

Migranten möglichst konfliktfrei und nachhaltig in das urbane Gefüge einzugliedern stellt eine der größten Herausforderungen zukünftiger Stadtentwicklung dar. Lösungsorientierte Ansätze hierfür wird man in Dough Saunders Werk zwar finden, seine Vorschläge der Förderung bleiben jedoch vage und stellenweise allzu optimistisch. Der Gedanke an einen Ort, der wie eine durchlässige Membran funktioniert und einen Aufstieg auf der gesellschaftlichen Sprossenleiter nicht nur

ermöglicht, sondern fördert, ist interessant. Ein Leben in benachteiligten Stadtteilen unter teilweise widrigsten Bedingungen allerdings nur als temporäre Notwendigkeit anzusehen, bis man den Aufstieg in die städtische Mittelschicht geschafft hat, scheint einem Großteil an städtischen Biografien nicht gerecht zu werden. Gleichwohl sensibilisiert der Autor für einen Perspektivenwechsel und eine differenziertere Auseinandersetzung mit der in die Städte gezogenen Landbevölkerung und weist nicht nur auf die Probleme, sondern vor allem auf die Entwicklungspotenziale ihrer Ankunftsorte hin. Sich von verallgemeinernden Stereotypen zu verabschieden und Migration auch politisch auf ihre Chancen hin neu zu überdenken, ist wohl der größte Verdienst dieses Werkes.

Barbara Burkelt

**Hauke Feickert, *Westliche Interventionen im Irak. Die britische Irakpolitik (1914 – 1922) und die amerikanische Irakpolitik (2003 – 2009) im Vergleich.* Wiesbaden (Springer VS Verlag), 2011.**

In seiner Dissertation vergleicht Hauke Feickert die Intervention Großbritanniens im Irak Anfang des 20. Jahrhunderts mit der US-amerikanischen Irakpolitik zwischen 2003 und 2009. Er erklärt, wie die Politik der Interventionsmächte formuliert wurde und zeigt, welche institutionellen Rivalitäten das politische Handeln beeinflusst haben. Von der Erkenntnis dieser erstaunlichen Parallelen hätten besonders diejenigen profitieren können, die in der Planung der US-Intervention involviert waren.

In dieser Arbeit diskutiert Hauke Feickert nicht nur interessante Gemeinsamkeiten und wichtige Unterschiede zwischen den beiden Interventionen, er zeigt auch, dass militärische Planung aus den Fehlern der Vergangenheit lernen kann. Vor allem, da die geografischen und sozio-kulturellen Gegebenheiten in diesen beiden Irakinerventionen nahezu identisch sind.

Nach einer kurzen thematischen Einführung steckt Feickert den theoretischen Rahmen ab: Zwei prominente Theorien der Internationalen Beziehungen leiten die nachfolgende Diskussion der Fallbeispiele. Auf diese Weise bietet Feickert einen wissenschaftlich fundierten Vergleich der Militärationen.



Teil I der Dissertation, *Die Theoretischen Grundlagen*, erklärt die für die komparative Analyse wichtigen Begrifflichkeiten sowie Hans Morgenthau's Theorie des außenpolitischen Realismus und Gottfried-Karl Kindermanns neoliberale Theorie („Neorealismus der Münchener Schule“, NRMS). Es gelingt Feickert kurz und prägnant die Eckpfeiler des Realismus darzustellen: Der Staat ist der primäre Akteur, der im anarchischen internationalen System der Staaten seinen Überlebenswillen durchsetzt. Dadurch wird das Sicherheitsinteresse eines Staates definiert und politische Handlungen werden dementsprechend ausgerichtet. Für eine friedliche Staatenwelt ist es allerdings notwendig, dass die Interessen der Staaten klar erkennbar sind und nicht ein einzelner Staat seine Interessen exzessiv zu Lasten anderer verfolgt. Basierend auf Kindermanns Ansatz erweitert Feickert die Theorie dahingehend, dass auch innerstaatliche Akteure Beachtung finden und die Außenpolitik eines Staates letztendlich durch den Interessenaustausch zwischen Staaten und deren innerstaatlichen Akteuren, wie beispielsweise einflussreichen Politikern, entsteht. Daher müssen deren außenpolitische Vorstellungen, Identitäten und Interessen berücksichtigt werden, um interne und externe Machtpositionen zu erkennen und den Entscheidungskreislauf nachvollziehen zu können. Dies tut Feickert im Rahmen der NRMS-Analyse, indem er erstens „System und Entscheidung“ eines Staates analysiert und zweitens die Unterschiede zwischen „Wahrnehmung und Wirklichkeit“ für den Entscheidungsträger herausstellt. Drittens folgt eine Analyse der „Interessen und Macht“ (Durchsetzungsvermögen) und viertens die Betrachtung von „Normen und Nutzen“ des staatlichen Akteurs in Interaktion mit den entscheidungsformenden innerstaatlichen Akteuren. Abschließend erfolgt die Untersuchung von „Kooperation und Konflikt“ der Akteure (S. 41f).

Der zweiten Teil, *Die britische Irakpolitik*, stellt diese in verschiedenen Etappen (Entwicklung, Durchsetzung, Scheitern, Neufassung) und unter verschiedenen Entscheidungsträgern vor (bspw. verschiedene Premierminister Großbritanniens). Dabei stellt Feickert insbesondere die Auswirkung der inkohärenten Irakpolitik des Kabinetts in London und der Differenzen zwischen dem Kairoer

British Foreign Office (FO), sowie dem India Office (IO) in Delhi heraus. Problematisch für den Leser ist die Darstellung verschiedenster Persönlichkeiten, die an der Formulierung und Steuerung der Politik beteiligt waren. Mitunter ist es schwierig nachzuvollziehen, welcher Seite der gerade besprochene Akteur zuzuordnen ist. In der abschließenden NRMS-Analyse kommt Feickert zu dem Urteil, dass das Hauptproblem der Intervention in der „Selbstbezogenheit der britischen Entscheidungsträger“ lag (S. 179): Nicht nur wurde die britische Politik durch eine Fehleinschätzung der Situation in der Region und durch eine selektive Wahrnehmung geprägt, sondern die unterschiedlichen Interessen der Haupteinflussnehmer FO und IO steuerten die Politik in unterschiedliche Richtungen. Außerdem gab es keinen langfristigen Plan, sodass die britische Irakpolitik lediglich reaktiv war und durch Interessenskämpfe zwischen FO und IO einerseits und innerhalb der irakischen Eliten andererseits behindert wurde. Hinzu kam, dass die Besatzer die Situation vor Ort falsch einschätzten, indem sie z.B. Aufstände im Irak als Resultat von Aufwiegelung durch Fanatiker und ausländische Akteure bewerteten. In der Tat waren die Aufstände der Bevölkerung direkt gegen die Besatzung gerichtet, da die Besatzer repressiv gegen die Bevölkerung vorgingen (S. 357). Dementsprechend wurden nicht die realen Bedrohungen analysiert und die britische Irakpolitik war im Sinne Morgenthau irrational.

Teil drei, *Die amerikanische Irakpolitik*, folgt dem gleichen Schema wie das vorherige Kapitel. Der Autor zeigt den Wandel der Irakpolitik von der Zeit vor dem 11. September 2001 zur politischen Vorgehensweise danach. Es erschließen sich für den Leser interessante Zusammenhänge in den politischen Beziehungen zwischen dem Irak und den USA. Während sich die US-amerikanische Irakpolitik zwar stark von der britischen unterscheidet, ist beiden gemeinsam, dass die amerikanischen Entscheidungsträger ebenso uneinig waren wie die britischen. Hier teilen sich die Lager in das Department of Defense (DoD) und das Department of State (DoS), während die eigentliche außenpolitische Führung, der National Security Council (NSC), lange wenig Anteil an der Interessendefinition nahm und sich durch die beiden Ministerien leiten

ließ. Hauptunterschied zwischen den Ansichten der Ministerien war, dass das DoD auf eine kurze militärische Mission zum Sturz Saddam Husseins setzte, während das DoS die Ansicht vertrat, dass ein langwieriger Nation-Building-Einsatz nötig sei, um den Irak zu stabilisieren. Weitere Akteure, wie der in Bagdad ansässige Zivilverwalter, versuchten eigene Interessen durchzusetzen. Feickert kommt in der NRMS-Analyse zu dem Schluss, dass die USA nach dem 11. September 2001 zunächst eine „visionäre Strategie“ verfolgten, die aufgrund einer überspitzten Risikowahrnehmung in einer improvisierten und reaktiven Irakpolitik endete (S. 332). Außerdem wurden von DoD und DoS zwei grundlegend unterschiedliche Ansätze verfolgt und eine Kooperation zwischen den Entscheidungsträgern von mehreren Seiten unterminiert. Abermals war die Selbstbezogenheit der Entscheidungsträger das Kernproblem.

Teil vier der Dissertation, *Die Irakpolitik im Vergleich*, geht besonders auf die Gemeinsamkeiten, aber auch auf die Unterschiede der Irakpolitiken ein. Obwohl besonders Letztere laut Feickert sehr wichtig sind, da die Unterschiede von der Forschung bisher oft vernachlässigt wurden, konzentriert sich auch Feickert im Fazit auf die Gemeinsamkeiten der Interventionen. Unterschiede, vor allem auf praktischer Ebene, werden zwar genannt (wie z.B. die Dauer und das Tempo der Interventionen), stehen aber in der Bedeutung der Schlüsse, die der Leser aus dem Vergleich ziehen soll, deutlich hinten an.

Teil fünf, *Schlussbemerkung*, stellt kurz einen Zusammenhang zwischen den beiden Interventionen her, konzentriert sich aber auf die amerikanische Perspektive. Es erfolgt jedoch keine Evaluierung der NRMS-Analyse: Feickert bespricht nicht, welche Erkenntnisse speziell durch diese Analyseform erlangt werden konnten. Gleichwohl ist die NRMS-Analyse als Methode überzeugend angewandt. Positiv ist, dass der Autor eine, wenn auch knappe, Empfehlung für die weitere Irakpolitik der USA formuliert. Weitreichendere, praktisch orientierte Hinweise wären hier jedoch aufgrund der extensiven wissenschaftlichen Analyse möglich und wünschenswert gewesen.

Insgesamt bietet die Arbeit von Hauke Feickert einen umfassenden Einblick in die Parallelen der beiden Irakinterventionen.

Erstaunlich sind die Ähnlichkeiten, die Komplikationen während der Entscheidungsfindung, wie auch während der Planung der Missionen. Diese sind in einem solchen Umfang zuvor nicht dargestellt oder analysiert worden. Dadurch leistet Feickert einen signifikanten Beitrag zur Forschung. Es ist eine aufschlussreiche Lektüre nicht nur für Politikologen, sondern bietet eine weitreichende Hintergrundanalyse, die auch interessierten Lesern mit gutem Vorwissen neue Einblicke ermöglicht.

Constanze Maria Litt

**Sandelin, Magnus, *Jihad: Svenskarna i de islamistiska terrornätverken* (Reporto: Stockholm, 2012).**

The book “Jihad: Svenskarna i de islamistiska terrornätverken” [“Jihad: The Swedes in the Islamicist terror networks”] by Magnus Sandelin makes a contribution to research in the field of radical Islamist terrorism as it identifies and portrays radical individuals in Sweden and unravels their links to terrorist networks on a national and global level. The author and Swedish journalist Magnus Sandelin initially seeks to answer two questions: What drives Jihadists? and How large is the security risk they present? Sandelin has previously written books about different kinds of political and religious extremism and radical movements, and he is careful enough to not take a biased predisposition in his investigations and interviews.

The book opens with a narration of the infamous Stockholm suicide bombing in 2010 when the Swedish public was awakened by the shocking realization that it is not safe from radical terrorist attacks. The extent of the terrorist network in Sweden is mirrored in the book's structure as each chapter deals with different radicalized individuals or clusters of radicalized individuals with chapters referring to converts and financiers, “The martyr's widow”, “Al-Qaida in Northern Europe” and “Al-Shabaab's Swedish network”. Sandelin collects data by scrutinizing media outlets, official governmental reports, research papers, reports by security services and, most importantly, interviews in order to understand the motives of radicalized individuals. He analyzes their background with little theoretical or academic endeavor. The lion's

share of the book is dedicated to close-up portraits of individuals and backgrounds, sometimes in a romanticized manner that deludes the reader of the author's imminent presence in accounts of different situations. Sandelin defers thus any reference to a theory on radicalization to the afterword, allowing the reader to draw his or her own conclusions from an individual's account.

Lastly, Sandelin refers to the Norwegian researcher Petter Nesser in order to investigate the roots of radicalization with respect to the individuals of the Swedish terror network. With reference to Nesser, Sandelin finally quotes a framework of potential motives for the radicalization of the individuals that appear in the book, e.g. adaption problems, exclusion, aggression, drug abuse and psychological problems, and he describes how religion with strict rules and a sense of belonging and purpose catches these individuals. Sandelin portrays the human beings with their often troublesome and difficult life stories and, most of all, shows how radicals proclaiming to engage in jihad are similar to other radical movements. In doing so, Sandelin decouples religion from radicalization, as he sees it not as a root of radicalization but rather as a shelter or retreat for troubled individuals.

While the book clearly shows that a country like Sweden is not immune to radical terrorism as it depicts how the networks work and where their nodes are, the security risk is not as alarming as the reader might think when picking up this book with its alarming title and dramatic cover in black and fire-orange colors showing men with guns and a burning car. The book itself defuses any potential hysterical perception of radical Islamism in Sweden, while it is nevertheless interesting to understand to what extent the Swedish security service has information about the allegedly 200 radical Islamists in Sweden and how these are put under surveillance. Sandelin is very careful in dealing respectfully with religious extremism and the implicate reference to Islam. “It is noteworthy that not very many have grown up in a strictly religious environment.” He touches upon the issue of exaggerated fear of terrorism and points out how certain people have been detained while being innocent. Sandelin allows his interviewees to criticize the Swedish police

system and to elaborate on an ostensible hatred against Muslims in the Swedish society that spurs investigation against potential terrorists. Sandelin makes sure that his book does not spur xenophobia but emphasizes that “more research and knowledge on violent Islamist extremism is advantageous because this can be assumed to decrease prejudices about Islam and Muslims.”

This journalistic piece of work is aimed at the broader public and thus void of the theoretical predispositions that researchers and academics may usually expect. In fact, the renunciation of any academic aspiration may be praised as the virtue of this very detailed and illustrative book, as it provides researchers with a hands-on account of radical Islamists' life stories, i.e. the empirical access and authenticity that is lacking in many theoretical writings. The paramount value of the book may be Sandelin's neutral portrayal of his direct observations, while the particular interest of the book is for the Swedish public to overcome the “safe haven”-image of Scandinavia. Yet, for the academic debate the book might not be theoretically sound enough.

Johanna K. Schmidt